

# Umsiedlungen für El Cerrejón

Cerrejón verfügt über eine schon recht lange Erfahrung im Umgang mit Gemeinschaften und Dörfern, die der Mine weichen müssen. Manantial und Oreganal mussten der Mine schon in den 80er und frühen 90er Jahren weichen. Eine soziale Führungsperson von Manantial wünschte schon damals eine kollektive Umsiedlung für die ganze Dorfgemeinschaft - erhalten haben sie miserable Abfindungen. Bis heute sind für beide Gemeinschaften nur bedingt nachhaltige Lösungen gefunden worden. Im Falle von Oreganal wurde eine ländliche Bauerngemeinschaft in eine Urbanisierung gequetscht, wo es lediglich Land für kleine Gärten gab, nicht jedoch genügend Boden für Landwirtschaft.

## Der Fall Tabaco

Tabaco ist der schwerwiegendste Fall. Tabaco musste ebenfalls der vorrückenden Mine weichen. Eine Umsiedlung war nicht vorgesehen, sondern der direkte Kauf der Besitztümer. Viele BewohnerInnen und BesitzerInnen von Fincas verkauften freiwillig, eine grosse Gruppe weigerte sich aber bis zuletzt zu verkaufen. Das Bergbauunternehmen, mit der Unterstützung williger Ministerien und korrupter Lokalbehörden, wendete verschiedene Konzepte an, um auch diese Bewohner loszuwerden. Es wurde unter anderem die Servidumbre minera (Nutzungsrechte zu Gunsten des Bergbaus) angewendet, die sagen, dass auf dem Privatbesitz einer Person zum Beispiel Infrastruktur für die Mine errichtet werden darf. Ebenso wurde beantragt, das ganze Dorf zu enteignen, etwas was rechtlich so gar nicht möglich war. Bevor dieser juristisch fehlerhafte Prozess überhaupt "rechtsgültig" abgeschlossen war, fuhren am 9. August 2001 Bulldozer auf und zerstörten die verbliebenen Häuser. Sicherheitskräfte jagten die Bewohner davon, ihr Hab und Gut wurde auf Lastwagen der Mine abtransportiert und lagert noch heute in Hallen<sup>1</sup>. Im Dezember 2008 wurde auf internationalen Druck hin unter Zuhilfenahme eines internationalen Vermittlers ein Abkommen zwischen dem Komitee für eine integrale Umsiedlung und Cerrejón abgeschlossen, das die noch ungelösten Fragen der Entschädigungszahlungen sowie des Wiederaufbaus Tabacos regeln soll<sup>2</sup>. Viele ehemalige Bewohnerinnen sind über die geringen Summen aber masslos enttäuscht, das dahinter liegende Konzept wurden den Betroffenen ungenügend erklärt. In Bezug auf den Landkauf und die Inangriffnahme der Infrastruktur für ein neues Tabaco ist ebenfalls noch wenig geschehen.

## Weitere betroffene Dörfer

Die brutale Zerstörung Tabacos ist für die anderen Gemeinden der Region wie ein Mahnmal. Im Moment sind die kleinen Dörfer Patilla, Chancleta, Roche und die indigene Gemeinschaft Tamaquitos von Umsiedlungen betroffen. Diese Dörfer liegen schon lange im Einflussbereich der Mine und leiden darunter. Sie wurden immer mehr von ihrem Umland abgeschnürt, Investitionen in die Infrastruktur gab es kaum mehr, ebenso wenig Arbeit. Viele

---

<sup>1</sup> <http://www.askonline.ch/monatsberichte/mb06-7.pdf>

<sup>2</sup> Eine erste Einschätzung dazu siehe

[http://www.askonline.ch/themen/Wirtschaft\\_MR/Tabaco\\_Abkommen\\_Communique.pdf](http://www.askonline.ch/themen/Wirtschaft_MR/Tabaco_Abkommen_Communique.pdf) Das Abkommen und weitere Informationen aus Unternehmenssicht sind auf [www.cerrejoncoal.com](http://www.cerrejoncoal.com) zu finden. Das Abkommen: <http://www.cerrejoncoal.com/formas/696/ACUERDO.TABACO-CERREJON.DIC.12-08.pdf>

Bewohnerinnen beklagen sich darüber, dass sie von der Mine regelrecht ausgehungert werden, damit sie ihr Land freiwillig verlassen oder billig verkaufen. Tatsächlich sind viele Leute weggezogen, mangels Perspektive, ohne Arbeitsplätze und ohne Bildungsmöglichkeiten für die Kinder. Verkauft haben sie aber in der Mehrzahl der Fälle nicht. Die Mine hat jedoch praktisch alle grösseren Bauernbetriebe aufgekauft, was auch dazu führte, dass Arbeitsplätze für die DorfbewohnerInnen verschwanden. Das produktive Land ist nun fast alles in der Hand der Mine und liegt grösstenteils brach, während die DorfbewohnerInnen kaum Land zum Leben haben. Auch wurde den DorfbewohnerInnen der Zugang zum Fluss verwehrt, sie können nicht mehr fischen, und auch kaum mehr jagen. Arbeit hat ihnen die Mine kaum je gegeben.

### **Langwierige Prozesse**

Diese Prozesse über eine allfällige Umsiedlung der vier Dörfer dauert schon viel zu lange, und wurde bisher weder korrekt gesteuert noch transparent gestaltet. In Roche beispielsweise begannen 1997 erste Verhandlungen mit Dorfbewohnern über den Verkauf ihrer Häuser und Grundstücke an die Mine. Das Dorf hatte einstmals über 100 Familien, heute verhandelt die Mine mit gut 20 Familien über eine kollektive Umsiedlung. Das Wissen darum, dass diese Dörfer der Mine weichen müssen, und dass allenfalls Entschädigungen bezahlt werden müssen, hat auch dazu geführt, dass Personen von ausserhalb Parzellen aufkauften und Häuser bauten, um dann mit der Mine ein Geschäft zu machen. Oft haben langjährige BewohnerInnen in ihrer Not Teile ihrer Grundstücke verkauft, damit dort andere Personen ein Haus bauen, oder haben selbst mehr Häuser oder Hütten gebaut, damit sie von der Mine gekauft werden müssen. Dieses Verhalten ist in erster Linie eine Folge der langwierigen und intransparenten Prozesse und der Vernachlässigung der Dörfer. Die Mine nutzt dies heute aber gegen die DorfbewohnerInnen aus. So ist die ganze jüngste Vergangenheit der Dörfer, quasi ihre Geschichte, völlig umstritten. Nach Ansicht der DorfbewohnerInnen bleiben zu viele Familien von einer fairen Lösung ausgeschlossen.

### **Mangelnde Kommunikation**

Die Kommunikation des Unternehmens mit den Gemeinschaften ist ungenügend: es erweckt den Anschein, dass das Unternehmen nicht willens oder nicht fähig ist, so mit den Gemeinschaften zu kommunizieren, dass sie den Inhalt der Gespräche tatsächlich verstehen, und dass Vertrauen entstehen kann. Bis ungefähr 2006 hat die Firma nicht klar von einer Umsiedlung gesprochen. Seither musste sie sich auf internationalen Druck hin zu Umsiedlungen bekannt. Es scheint, dass die Mine aber keine klare Strategie hat, was sie den Gemeinschaften offerieren will, und dass die Mine versucht, eine möglichst kostengünstige Lösung für sich selbst zu finden. Die Verhandlungsstrategie der Firma ruft in den Gemeinschaften Misstrauen hervor: mit einer Gemeinschaft wird beispielsweise zuerst über das neue Land verhandelt, wohin die Gemeinschaft umgesiedelt werden sollte, mit anderen wird über die Schätzungen des Werts der Häuser und über allfällige Entschädigungszahlungen gesprochen. Da keine klare Politik der Firma öffentlich zugänglich ist und keine umfassenden Umsiedlungspläne vorliegen, wie es von den Weltbank-Standards vorgegeben ist, wissen die Gemeinschaften nicht, was ihre Ansprüche und Rechte sind.

## **Keine unabhängige Beratung**

Ein weiteres grosses Problem ist, dass die Gemeinschaften keine kompetente, unabhängige Beratung haben. Das Bildungsniveau der Gemeinschaften ist generell eher tief, das Vertrauen in die Firma, auch auf Grund historischer Erfahrungen, gering. Die Firma gibt verschiedenste Studien in Auftrag, macht die Resultate aber ungenügend bekannt, und die Gemeinschaften haben keine Möglichkeit, zum Beispiel die sozioökonomischen Erhebungen oder die Schätzungen überprüfen zu lassen. Im Sommer 2009 hat das Unternehmen grundsätzlich eingewilligt, BeraterInnen für die Gemeinschaften zu finanzieren. Auch hier sind die Details aber noch ungewiss.